

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
HAUPT- UND
FINANZAUSSCHUSSES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 30. HuFA 2004-2009 Sitzungsdatum: 04.11.2008 Niederschrift

Übach-Palenberg, den 04.11.2008

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Haupt- und Finanzausschuss

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.02.2008 aus öffentlicher Sitzung
3. 36. Änderung des Flächennutzungsplanes - Gesamtes Stadtgebiet - hier: Aufstellungsbeschluss zur Anpassung von diversen Punkten an die Realnutzung im gesamten Stadtgebiet
4. Antrag auf Genehmigung einer Abgrabungserweiterung "Frelenberg IV - Bildenstock/Stegher Feld" der Fa. Davids, Geilenkirchen
hier: Beratung über die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens
5. 37. Änderung des Flächennutzungsplanes - Ausweisung einer Abgrabungskonzentrationszone - Bildenstock -
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
6. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
hier: Einberufung einer Einwohnerversammlung zum Thema "Antrag auf Genehmigung einer Abgrabungserweiterung 'Frelenberg IV - Bildenstock/Stegher Feld' der Fa. Davids, Geilenkirchen"
7. Anordnung einer Einwohnerversammlung
Endausbau Bebauungsplangebiet Kirchenweg
8. Graffitiproblem in Übach-Palenberg
9. Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Straßenreinigung" für das Jahr 2009
10. Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Abfallentsorgung" für das Jahr 2009

11. Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Stadtentwässerung" für das Jahr 2009
 12. 4. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Gebiet der Stadt Übach-Palenberg
Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Bestattungswesen" für das Jahr 2009
 13. 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Errichtung und Benutzung einer nicht rechtsfähigen Einrichtung zur Unterbringung von Obdachlosen und Flüchtlingen und über die Erhebung von Gebühren für deren Benutzung
(Die Sitzungsvorlage wurde mit der Einladung zur Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses am 06.11.2008 zugestellt)
 14. Rahmentabelle der Gesamtnutzungsdauern für Vermögensgegenstände der Stadt Übach-Palenberg
 15. Technische Rechnungsprüfung bei der Stadt Übach-Palenberg
 16. Antrag der KG Lustige Marienberger Jekken 1985 e.V. nach § 24 GO NRW vom 30.09.2008 betr. Aufhebung von Rauchverboten in der Turnhalle Marienberg
 17. Antrag der KG Scherpe-Bösch-Wenk 1955 e. V. nach § 24 GO NRW vom 21.10.2008 betr. Aufhebung von Rauchverboten in der Turnhalle Scherpenseel
 18. Antrag der KG Frelenberger Esel e.V. 1972 nach § 24 GO NRW vom 22.10.2008 betr. Aufhebung von Rauchverboten in der Turnhalle Frelenberg
 19. Antrag des Festausschusses Übach-Palenberger Karnevalsvereine e.V. nach § 24 GO NRW vom 23.10.2008 betr. Aufhebung von Rauchverboten
 20. Nutzung der Waschkaue für Kulturveranstaltungen
hier: Ausnahmen vom Verbot ruhestörender Betätigung während der Nachtzeit
 21. Erweiterungen zur Tagesordnung
 22. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Anfragen
- B) Nichtöffentliche Sitzung**
23. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse de Haupt- und Finanzausschusses vom 19.02.2008 aus nichtöffentlicher Sitzung
 24. Grundstücksangelegenheiten
 - 24.1. Erwerb von Ackerland
 - 24.2. Erweiterung des Mobaus in Übach

25. Vergabe: Abriss Haus Ernst und Obdächer Heinsberger Straße
(Die Sitzungsvorlage wurde mit der Einladung zur Sitzung des Stadtentwicklungs- und Umweltausschusses am 22.10.2008 zugestellt)
- 25.1. Ergänzung zu Punkt 25 der Tagesordnung des Haupt- und Finanzausschusses vom 04.11.2008
26. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 26.1. Anschaffung eines Konzertflügels für das Carolus-Magnus-Gymnasium
27. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
Anfrage

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Herr Sven Bildhauer	SPD	(als pers. Vertreter von Tanzer, Erika; bis TOP 25.1, 18:55 Uhr)
Herr Peter Fröschen	CDU	
Frau Karin Fürkötter	SPD	
Frau Silvia Gillen	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Herbert Konrads	CDU	
Herr Hans-Josef Krawanja	SPD	
Herr Leo Meertens	UWG	
Frau Eva Maria Piez	SPD	
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen	
Herr Wolfgang Schneider	SPD	
Herr Matthias Spätgens	SPD	(als Vertreter von Gerschel, Paul Josef)
Frau Corinna Weinhold	UWG	
Herr Heiner Weißborn	SPD	

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Manfred J. Offermanns FDP

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Beig. für Planen und Bauen Volker Schlüter
Herr Kämmerer Bernd Schmitz
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek (ab TOP 4, 17:20 Uhr)
Herr Stadtoberverwaltungsrat Hans-Peter Gatzen
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen
Herr Stadtamtmann Herbert Jansen (ab TOP 9, 18:05 Uhr)
Herr Stadtoberinspektor Björn Beeck (ab TOP 14, 18:20 Uhr)

Schriftführer

Herr Stadtamtsrat Thomas Schröder

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Verwaltungskollegen, die Zuschauer und den Vertreter der Presse.

Bürgermeister Schmitz-Kröll wies darauf hin, dass den Stadtverordneten noch eine Sitzungsvorlage mit der Bitte um Erweiterung der Tagesordnung zu Punkt 26.1 Anschaffung eines Konzertflügels für das Carolus-Magnus-Gymnasium zugegangen sei.

Stadtverordneter **Gudduschat** beantragte, dass der Punkt 8 Graffiti-Probleme in Übach-Palenberg in der heutigen Sitzung nicht behandelt werde, da eine Vorberatung im zuständigen Fachausschuss am 06.11. noch erfolge. Es sei sinnvoller, wenn die Beratung und Beschlussfassung in der kommenden Ratssitzung am 11.11. erfolge.

Stadtverordnete **Weinhold** kündigte an, am Ende der nichtöffentlichen Sitzung eine Frage an die Verwaltung richten zu wollen.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, am Ende der öffentlichen Sitzung drei Anfragen an die Verwaltung richten zu wollen.

Beschluss:

Folgender Punkt wird von der Tagesordnung abgesetzt:

8. Graffiti-Problem in Übach-Palenberg

Die Tagesordnung wird um folgenden Punkt erweitert:

26.1 Anschaffung eines Konzertflügels für das Carolus-Magnus-Gymnasium

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

A) Öffentliche Sitzung

1 **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung**

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 02.09.2008 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.02.2008 aus öffentlicher Sitzung**

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.02.2008 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3 **36. Änderung des Flächennutzungsplanes - Gesamtes Stadtgebiet -
hier: Aufstellungsbeschluss zur Anpassung von diversen Punkten an die Realnutzung im gesamten Stadtgebiet**

Beschlussempfehlung:

Für das Stadtgebiet Übach-Palenberg (siehe Übersichtsplan, der Plan ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten) wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB die 36. Änderung des Flächennutzungsplanes angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4 **Antrag auf Genehmigung einer Abgrabungserweiterung "Frelenberg IV - Bildestock/Stegher Feld" der Fa. Davids, Geilenkirchen
hier: Beratung über die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens**

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass in der letzten Stadtentwicklungs- und Umweltausschusssitzung angekündigt worden sei, bis zur heutigen Sitzung einen schriftlichen Bericht zum Verfahren der damaligen GEP-Änderung vorzulegen. Er habe hierzu den Haupt- und Personalamtsleiter Herrn Waliczek beauftragt, den Vorgang zu untersuchen und die Ergebnisse zusammenzustellen.

Verwundert zeigte er sich darüber, dass in der örtlichen Lokalpresse der SPD-Fraktionsvorsitzende Weißborn mit konkreten Vorwürfen gegen seine Person zitiert werde. Hierdurch werde der Eindruck erweckt, als ob er als Bürgermeister alleine mit der Bearbeitung und Ausführung der Angelegenheit betraut gewesen sei. Aus diesem Grunde wolle er auch selber eine Stellungnahme abgeben, in der er auf die einzelnen Aspekte eingehen wolle.

Bürgermeister Schmitz-Kröll verlas hierzu eine Stellungnahme, die den Stadtverordneten noch zugeleitet werde.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass Herr Waliczek seinen Bericht fertig gestellt habe und auch gerne bereit sei diesen nunmehr zu verlesen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass es wenig Sinn mache die Thematik heute weiter zu beraten und schlug vor, die entsprechenden Berichte zu übergeben und mit in die Fraktionen zu nehmen, damit in der nächsten Woche in der Ratssitzung beraten werden könne. Er wolle jedoch anmerken, dass er sich schon persönlich mit der Angelegenheit auseinandergesetzt und bei der Bezirksregierung in Köln in die Akten Einsicht genommen habe. Dort habe er feststellen müssen, dass keine negative Stellungnahme von Seiten der Stadt Übach-Palenberg im GEP-Änderungsverfahren abgegeben worden sei. Auch müsse festgehalten werden, dass keine Beteiligung der politischen Gremien in dieser Angelegenheit durchgeführt wurde. Er kündigte an, auch in die Akten der Stadt Einsicht nehmen zu wollen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass er damit kein Problem habe und die Akteneinsicht sogar begrüße..

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass sie die Vorgehensweise des Stadtverordneten Weißborn höchst interessant finde. Die SPD-Fraktion habe dem Vorschlag der Verwaltung in der letzten Stadtentwicklungs- und Umweltausschusssitzung zugestimmt. Jetzt betreibe sie offensichtlich eine Rolle rückwärts.

Der von der SPD-Fraktion gestellte Antrag sei zwar an sich zu begrüßen, bedürfe jedoch noch einer rechtlichen Prüfung.

Für sie sei es aber nichts desto trotz nicht nachvollziehbar, warum in der Angelegenheit eine solche Kehrtwende durchgeführt werde, da ein Einvernehmen durchaus in Aussicht gestellt worden sei.

Beschlussempfehlung:

1. **Das Einvernehmen zum vorliegenden Antrag der Firma Davids vom 18.03.2008 wird versagt.**
2. **Nach Überarbeitung des Antrages wird für die Flächen, die innerhalb des GEP (und der geplanten Abgrabungskonzentrationszone) liegen, die Erteilung des Einvernehmens in Aussicht gestellt.**
3. **Hilfsweise wird die Zurückstellung des Vorhabens gem. § 15 BauGB bei der Abgrabungsbehörde des Kreises Heinsberg beantragt. Die Zurückstellung erfolgt, um die 37. Änderung des Flächennutzungsplanes durchzuführen.**

Abstimmungsergebnis:

1. Einstimmig
 2. 2 Ja-Stimmen
12 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
 3. Einstimmig
- 5 37. Änderung des Flächennutzungsplanes - Ausweisung einer Abgrabungskonzentrationszone - Bildenstock -
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
-

Beschlussempfehlung:

1. Für den im Übersichtsplan dargestellten Bereich wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB die 37. Änderung des Flächennutzungsplanes angeordnet.
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB in Form einer Planaufgabe von einem Monat mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

- 6 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
hier: Einberufung einer Einwohnerversammlung zum Thema "Antrag auf Genehmigung einer Abgrabungserweiterung 'Frelenberg IV - Bildenstock/Stegher Feld' der Fa. Davids, Geilenkirchen"
-

Beschlussempfehlung:

Die in der Anlage beigefügte Dringlichkeitsentscheidung wird gem. § 60 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW genehmigt (die Anlage ist Bestandteil der Einladung zu dieser Sitzung und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**7 Anordnung einer Einwohnerversammlung
Endausbau Bebauungsplangebiet Kirchenweg**

Beschlussempfehlung:

Die Einwohnerversammlung zum Endausbau des Baugebietes Kirchenweg wird angeordnet.

An der Einwohnerversammlung werden folgende Stadtverordnete teilnehmen:

Für die SPD-Fraktion:	Stadtverordnete Bärbel Bartel und Stadtverordneter Heiner Weißborn
Für die CDU-Fraktion:	Stadtverordnete Silvia Gillen und Stadtverordneter Herbert Konrads
Für die UWG-Fraktion:	Sachkundiger Bürger Wolfgang Bien
Für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen:	Sachkundige Bürgerin Brigitte Appelrath
Für die FDP:	Stadtverordneter Manfred J. Offermanns

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8 Graffitiproblem in Übach-Palenberg

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung an den Rat zur Sitzung am 11.11.2008 verwiesen.

9 Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Straßenreinigung" für das Jahr 2009

Beschlussempfehlung:

Die Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für das Jahr 2009 – betreffend die öffentliche Einrichtung „Straßenreinigung“- wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Gebührensätze werden gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 **Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Abfallentsorgung" für das Jahr 2009**

Stadtverordneter **Weißborn** erkundigte sich danach, warum unter Sammlungs- und Transportkosten für Altpapier ein Mittelwert zwischen der durch Zählung erhobenen Anzahl der Altpapier-tonnen und von der Firma Schönmakers dargestellten Anzahl der Altpapier-tonnen genommen worden sei. Für ihn sei nicht nachvollziehbar, warum aufgrund dieser Diskrepanz ein Mittelwert genommen werde, schließlich liege zwischen der Zählung der Stadt und dem Mittelwert ein rechnerischer Betrag von ca. 11.000 Euro.

Stadtamtmann **Jansen** erläuterte, dass im neuen Vertrag mit der Firma Schönmakers eine Abrechnung über die Anzahl der Altpapier-tonnen vorgenommen wurde. Im alten Vertragswerk sei hierzu lediglich eine Abrechnung über die Tonnage erfolgt. Hierbei sei aufgefallen, dass die Anzahl der Altpapier-tonnen von Seiten der Firma sehr hoch angegeben werde. Dies liege daran, dass die Firma Schönmakers davon ausgehe, dass neben jeder Restmülltonne auch eine Altpapier-tonne ausgegeben worden sei. Die Zählung durch die Verwaltung sei an zwei Vormittagen durchgeführt worden und man habe zu entsprechenden Abfuhrbezirken die Anzahl der zur Abholung bereitgestellten Altpapier-tonnen ermittelt. Von Seiten der Firma Schönmakers wurde angeführt, dass es durchaus sein könne, dass etliche Altpapier-tonnen erst bei Eintreffen des Müllfahrzeuges oder am späten Vormittag an die Straße gestellt würden. Eine genaue Fixierung der Zahl lasse sich deshalb nicht ausmachen. Man habe sich aus diesem Grund auf einen Mittelwert geeinigt.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass er dies nicht nachvollziehen könne. Seiner Meinung nach müsse es möglich sein, diese Zahl genau zu ermitteln, da die Altpapier-tonnen ausschließlich über die Stadt bestellt würden. In dem Zusammenhang stelle er sich die Frage, ob die angeführte Zahl der Biotonnen von 7.150 Stück auch den Tatsachen entspreche. Er bitte die Verwaltung hier möglichst schnell eine Ermittlung durchzuführen.

Auch Stadtverordneter **Meertens** sprach sich dafür aus, eine Konkretisierung der Anzahl der Müllgefäße durchzuführen. Er gab zu Bedenken, dass gerade für den Rohstoff Papier in heutiger Zeit auch attraktive Erlöse gezahlt würden.

Stadtverordneter **Offermanns** regte an, die Entsorgung und Vermarktung des Altpapiers unabhängig vom bestehenden Vertrag vorzunehmen, um hier entsprechende zusätzliche Veräußerungserlöse zu erwirtschaften.

Stadtamtmann **Jansen** betonte, dass die Entsorgung des Altpapiers über den Kreis Heinsberg gehen müsse. Diesbezüglich bestehe ein Anschluss- und Benutzungszwang. Gegenüber dem Kreis Heinsberg wurde auch beantragt für Altpapier aus diesem Anschlusszwang herauszukommen. Dies wurde jedoch abgelehnt. Lediglich für den Abtransport müsse die Stadt Übach-Palenberg die entsprechenden rechtlichen und vertraglichen Voraussetzungen schaffen.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, dass es möglich sein müsse, von der Firma Schönmakers eine entsprechende Liste mit den Standorten der Altpapiergefäße zu erhalten. Diese solle die Verwaltung daraufhin auf ihre Richtigkeit stichprobenartig untersuchen.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, diese Kontrolle ebenfalls für geboten halte. Er wolle darüber hinaus aber noch andere Fragen vorbringen. Ihn interessiere, warum für die Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren ein Betrag von 120.000 Euro in Ansatz gebracht werde. Die Gesamtfehlbeträge belaufen sich auf 400.000 Euro. Es stelle sich die Frage, ob der gewählte Betrag ein willkürlicher Ansatz oder politischer Natur sei.

Kämmerer **Schmitz** betonte, dass man bereits im letzten Jahr auch mit der Politik über die Abwicklung der Fehlbeträge beraten habe. Aufgrund dessen habe man einen Betrag von 120.000 Euro in Ansatz gebracht, der für die vorliegende Gebührenbedarfsrechnung wieder herangezogen worden sei. Gründe für ein Abweichen von der damals getroffenen Praxis hätten sich nicht ergeben.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Offermanns** erklärte Stadttammann **Jansen**, dass die Einnahmen aus dem Verkauf von Altpapier, wie in der Sitzungsvorlage dargestellt, mit 70.200 Euro in Ansatz gebracht wurden.

Stadtverordneter **Rißmayer** erkundigte sich danach, wie man auf die Zahl von 1.900 Tonnen im kommenden Jahr zu sammelnder Altpapiermenge komme. Weiterhin werde nur ein Betrag von 1.560 Tonnen für die Erstattung zugrunde gelegt.

Stadttammann **Jansen** verwies darauf, dass es sich dem Grunde nach um Schätzwerte handele, die jedoch im vorliegenden Fall um einen DSD-Anteil in Abzug gebracht wurden. Dieser entstehe dadurch, dass Teile des gesammelten Altpapiers bereits durch DSD-Erstattungen abgegolten seien.

Beschluss:

Die abschließende Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt wird in der kommenden Sitzung des Rates vorgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Stadtentwässerung" für das Jahr 2009

Beschlussempfehlung:

Die Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für das Jahr 2009 - betreffend die öffentliche Einrichtung „Stadtentwässerung“- wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Gebührensätze werden gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 12 **4. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Gebiet der Stadt Übach-Palenberg**
Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Bestattungswesen" für das Jahr 2009
-

Beschlussempfehlung:

Die als Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Gebiet der Stadt Übach-Palenberg (Friedhofsgebührensatzung) wird auf Grundlage der durch die Kämmerei erstellten Gebührenbedarfsberechnung beschlossen (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 13 **1. Änderungssatzung zur Satzung über die Errichtung und Benutzung einer nicht rechtsfähigen Einrichtung zur Unterbringung von Obdachlosen und Flüchtlingen und über die Erhebung von Gebühren für deren Benutzung**
-

Stadtverordneter **Weißborn** beantragte, auch diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen, da auch hier die Beratung des Jugend- und Sozialausschusses als zuständigen Fachausschuss abgewartet und das Ergebnis in der nächsten Ratssitzung vorgestellt werden könne.

Beschluss:

Die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt wird in der kommenden Sitzung des Rates vorgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 14 **Rahmentabelle der Gesamtnutzungsdauern für Vermögensgegenstände der Stadt Übach-Palenberg**
-

Beschlussempfehlung:

Die als Anlage zu dieser Sitzungsvorlage eingereichte Rahmentabelle sowie die hieraus resultierenden Bilanzwerte der städtischen Gebäude bzw. baulichen Anlagen werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die in der Rahmentabelle festgelegten Gesamtnutzungsdauern werden für die Prüfung der Eröffnungsbilanz an das örtliche Rechnungsprüfungsamt in Zusammenarbeit mit der Gemeindeprüfungsanstalt NRW weitergeleitet.

Ein abschließender Beschluss des Rates gem. § 41 GO NW wird im Zusammenhang mit der Eröffnungsbilanz getroffen (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

15 Technische Rechnungsprüfung bei der Stadt Übach-Palenberg

Stadtverordneter **Weißborn** bat darum, dass dieser Tagesordnungspunkt in die Sitzungen von Haupt- und Finanzausschuss und Rat im Dezember verschoben werde, da noch weiterer Beratungsbedarf innerhalb der Fraktion bestehe.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass die CDU-Fraktion sich dafür ausspreche, dass die nächsten zwei Jahre auf eine technische Rechnungsprüfung versuchsweise verzichtet werde.

Stadtverordneter **Weißborn** erkundigte sich danach, wie man nach der zweijährigen Versuchsphase bestimmen wolle, ob sich der Verzicht gelohnt habe oder nicht. Er könne nicht erkennen, nach welchen Kriterien dies bemessen werden solle.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass für durchschnittlich 150 Stunden pro Jahr Personalkosten an den Kreis Heinsberg zu erstatten gewesen seien. Aus seiner langjährigen Erfahrung als Vorsitzender und als Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss halte er einen versuchsweisen Verzicht auf die technische Prüfung für durchaus vertretbar.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass die UWG-Fraktion die Einrichtung einer halben Stelle favorisiere.

Stadtverordneter **Rißmayer** sprach sich dafür aus, auf eine personelle Besetzung durch die technische Rechnungsprüfung zu verzichten und bedarfsweise die Vergabe einer externen Prüfung an Dritte vorzunehmen.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass er sich mit diesem Vorschlag ebenfalls anfreunden könne.

Beschlussempfehlung:

Die abschließende Beratung und Beschlussfassung wird in die Sitzungen des Haupt- und Finanzausschuss und Rates im Dezember vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

16 Antrag der KG Lustige Marienberger Jekken 1985 e.V. nach § 24 GO NRW vom 30.09.2008 betr. Aufhebung von Rauchverboten in der Turnhalle Marienberg

Stadtverordneter **Gudduschat** erkundigte sich danach, ob eine Beschlussfassung durch den Haupt- und Finanzausschuss überhaupt möglich sei und er hierzu auch die gesetzlichen Kompetenzen besitze.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erklärte, dass in der Sitzungsvorlage dargestellt worden sei, dass durch das Nichtraucherschutzgesetz in allen öffentlichen Gebäuden ein Rauchverbot bestehe. Ausnahmen gelten jedoch für sogenannte Brauchtumsveranstaltungen zu der zweifelsohne auch Karnevalsveranstaltungen bzw. Schützenfeste gehören. Aufgrund des Nichtraucherschutzgesetzes stehen den Eigentümern jedoch weitergehende Rauchverbote zu. Die Verwaltung habe seinerzeit ein absolutes Rauchverbot erlassen, was für sämtliche öffentliche Gebäude der Stadt gelte. Diese erstrecken sich somit auch auf die o.g. Arten der Veranstaltungen.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass die CDU-Fraktion sich dafür ausspreche, das Rauchverbot bestehen zu lassen, insbesondere, da an den Karnevalsveranstaltungen auch Kinder teilnehmen und eine effektive Entlüftung für den nachfolgenden Schulunterricht nicht ausreichend sichergestellt werden könne.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass man an der von der Verwaltung eingeschlagenen Richtung nichts ändern wolle und damit den Anträgen der Karnevalsvereine nicht stattgeben werde.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** verwies darauf, dass der Gesetzgeber über eine sogenannte Innovationsklausel Ausnahmen vom Rauchverbot zulassen könne, wenn es technische Lösungen gebe, die ebenso effektiv seien wie ein vollständiges Rauchverbot. Da nach dem jetzigen Stand der Technik noch keine am Markt erhältliche Anlage diese Voraussetzungen erfülle, sei auch über diese Möglichkeit keine Ausnahme zu erreichen.

Da die Anträge der Karnevalsgesellschaften mit dem gleichen Ansinnen gestellt seien und eine unterschiedliche Handhabe nicht erkennbar sei, einigte sich der Haupt- und Finanzausschuss darauf, die Anregungen in einer Abstimmung zu behandeln.

Anregungen:

Den Anträgen der KG Lustige Marienberger Jekken vom 30.09.2008, der KG Scherpe Bösch Wenk vom 21.10.2008, der KG Frelenberger Esel vom 22.10.2008 und des Festausschusses Übach-Palenberger Karnevalsvereine vom 23.10.2008 auf Aufhebung des Rauchverbotes für Abendveranstaltungen wird entsprochen.

Abstimmungsergebnis:

**14 Nein-Stimmen
1 Enthaltung**

- 17 Antrag der KG Scherpe-Bösch-Wenk 1955 e. V. nach § 24 GO NRW vom 21.10.2008 betr. Aufhebung von Rauchverboten in der Turnhalle Scherpenseel
-

siehe Beschlussfassung zu Tagesordnungspunkt 16

- 18 Antrag der KG Frelenberger Esel e.V. 1972 nach § 24 GO NRW vom 22.10.2008 betr. Aufhebung von Rauchverboten in der Turnhalle Frelenberg
-

siehe Beschlussfassung zu Tagesordnungspunkt 16

- 19 Antrag des Festausschusses Übach-Palenberger Karnevalsvereine e.V. nach § 24 GO NRW vom 23.10.2008 betr. Aufhebung von Rauchverboten
-

siehe Beschlussfassung zu Tagesordnungspunkt 16

- 20 Nutzung der Waschkäue für Kulturveranstaltungen

hier: Ausnahmen vom Verbot ruhestörender Betätigung während der Nachtzeit

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Meertens** erklärte Beigeordneter **Schlüter**, dass der Parkplatz der Firma Oerlikon Schlafhorst an den Veranstaltungstagen für Parkzwecke zur Verfügung stehe.

Beschlussempfehlung:

Der AWO werden für die Nutzung der Waschkäue insgesamt 10 Ausnahmen vom Verbot ruhestörender Betätigungen während der Nachtzeit zugelassen:

5 Veranstaltungen sind dabei aus dem Spektrum im Rahmen des § 12 der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Übach-Palenberg auszuwählen. Für diese Veranstaltungen gilt die Ausnahme vom Verbot der ruhestörenden Betätigung bis 2.00 Uhr.

Darüber hinaus wird für 5 öffentliche Kulturveranstaltungen - über das Jahr verteilt - eine Ausnahme bis 23.30 Uhr zugelassen. D.h., der Besucherverkehr muss bis dahin abgeflissen sein.

Die Zulassung der vg. 5 öffentlichen Kulturveranstaltungen erfolgt auf Widerruf.

Es wird erwartet, dass bei der Platzierung dieser Veranstaltungen auf von der Stadt durchgeführte bedeutende zentrale Veranstaltungen Rücksicht genommen wird. Diese Veranstaltungen sind im Vorfeld bei der hiesigen Kulturverwaltung abzufragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

21 Erweiterungen zur Tagesordnung

Erweiterungen zur Tagesordnung lagen nicht vor.

22 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Beigeordneter **Schlüter** erklärte in Ergänzung zum Protokoll der letzten Stadtentwicklungs- und Umweltausschusssitzung, dass die dort gemachte Anmerkung der Verwaltung zu diesem Tagesordnungspunkt grundsätzlich richtig gewesen sei, allerdings bedingt durch den Abnahmevertrag mit der NVV erst mit Stichtag der neuen gesetzlichen Regelung gezahlt wird. Damit gilt ab 1.1.2009 der verminderte Vergütungssatz. Dies sei jedoch nicht so dramatisch, da ab 2009 anstelle der 20-jährigen Garantievergütung eine 21-jährige Garantie gelte. Weiterhin sei nach Aussage des Fachingenieur nach Rücksprache mit den Lieferanten zu erwarten, dass die Preise für Fotovoltaikanlagen erheblich sinken werden.

Er führte zusätzlich an, dass darüber hinaus ohnehin nicht sichergestellt werden könne, dass die Anlage in 2008 funktionstüchtig betrieben werden könne.

Für den Haushalt 2009 sei schon jetzt entsprechende Mittel angemeldet worden und man werde im nächsten StUA am 19.11.2008 über das weitere Vorgehen beraten lassen.

Anfragen

Anfrage 1 der CDU-Fraktion

Stadtverordneter **Gudduschat** erkundigte sich danach, warum mit dem Bau der Schokoladenfabrik noch nicht begonnen worden sei.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass er gerade in dieser Frage auch die Unternehmensgruppe Schwarz angeschrieben und gebeten habe, bis zur kommenden Ratssitzung die entsprechenden Informationen zu geben. Er werde selbstverständlich bei Vorliegen den Rat hierüber informieren.

Anfrage 2 der CDU-Fraktion

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass mit der Fertigstellung der Klangbrücke seinerzeit im Oktober gerechnet worden sei. Jetzt sehen die Planungen eine Realisierung bis Dezember vor. Aufgrund des sich darstellenden Baufortschrittes sei seiner Meinung nach jedoch auch dieser Termin nicht zu halten. Er erkundigte sich da-

nach, ob in diesem Fall auch eine Konventionalstrafe erhoben würde.

Beigeordneter **Schlüter** erklärte, dass mit der Fertigstellung wahrscheinlich erst im Januar gerechnet werden könne. Die Verwaltung prüfe selbstverständlich, ob in diesem Fall eine Konventionalstrafe herangezogen werden könne.

Anfrage 3 der CDU-Fraktion

Stadtverordneter **Peter Fröschen** erklärte, dass im Rahmen der EuRegionale auch die Illuminierung des Wasserturmes vorgesehen sei. Wann könne hiermit gerechnet werden?

Beigeordneter **Schlüter** erläuterte, dass die Firma Wirtz den Auftrag nach der Ausschreibung erhalten habe. Man denke, dass man zu Weihnachten oder spätestens zum Jahreswechsel die Illuminierung offiziell vorstellen könne.

Stadtverordneter **Gudduschat** fragte in diesem Zusammenhang, ob es richtig sei, dass ein Betreten des Wasserturmes beispielsweise für Führungen z.Zt. nicht mehr möglich sei.

Beigeordneter **Schlüter** erklärte, dass bei einer Begehung verschiedene Mängel in Bezug auf Rostschäden festgestellt worden seien. Aus Sicherheitsgründen habe er daraufhin den Wasserturm gesperrt. Z. Zt. werde ein Gutachten erarbeitet, das den Zustand des Wasserturmes näher beleuchten solle. Er werde den Rat selbstverständlich bei Vorliegen neuer Erkenntnisse umgehend informieren.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schloss um 18.27 Uhr die öffentliche Sitzung und setzte eine Pause von 5 Minuten an.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Schmitz-Kröll** um 19.30 Uhr die Sitzung.

Schmitz-Kröll
Bürgermeister

Schröder
Schriftführer